



Pressemitteilung Nr. 16-229  
vom 01.07.10

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon 0511/3030-4011/13  
Fax 0511/3030-4808  
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de  
Internet www.SPDLandtag-Nds.de

## **„McAllisters Regierungserklärung lässt Zäsur vermissen“**

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Stefan Schostok, hat sich in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung des neu gewählten Ministerpräsidenten David McAllister am Donnerstag von den Ausführungen des CDU-Politikers enttäuscht gezeigt. McAllister habe keinen neuen Ansatz vorgestellt, kein neues Konzept, keine neue Idee. Man habe eine Zäsur erwartet und sei enttäuscht worden. McAllister habe sich als Ministerpräsident des Übergangs herausgestellt.

Die Rede Schostoks hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Lassen Sie mich zu Beginn einem guten demokratischen Brauch folgen und zum Wechsel dem ehemaligen Ministerpräsidenten Herrn Wulff einen Dank aussprechen. Seine mehr als 20 Jahre demokratische Arbeit in Niedersachsen wird in Erinnerung bleiben. Für das neue Amt wünsche ich ihm alles Gute.

Ihnen, Herr Ministerpräsident McAllister, darf auch im Namen der SPD-Fraktion gratulieren und Ihnen eine glückliche Hand bei allen Entscheidungen wünschen. Mögen diese Entscheidungen auch zum Wohle unseres Landes Niedersachsen sein.

Aber bei allen Glückwünschen, ich stehe hier als Oppositionsführer, der die Sorgen und Nöte der Menschen in Niedersachsen im Blick hat.

Opposition ist kein Selbstzweck: Wir bieten Ihnen weiter eine kritisch-konstruktive Zusammenarbeit hier im Parlament an. Wir nehmen unsere Kontrollfunktion wahr und wir werden dort bessere Vorschläge unterbreiten, wo uns ihre als nicht ausreichend erscheinen.

Sie können also mit einer Vielzahl von Vorschlägen rechnen!  
Mit uns gibt es kein „Weiter so“.

Herr Ministerpräsident, Sie haben eine schwierige Aufgabe übernommen. Vor allem wegen der Erblasten Ihres neuen und alten Kabinetts. Wir haben von Ihnen eine Zäsur in der niedersächsischen Regierungspolitik erwartet. Dieses Signal haben wir heute leider nicht vernommen! Aus unserer Sicht ist Ihre Regierungserklärung ein untauglicher Versuch, sich eine staatsmännische Attitüde zu geben. Sie bemühen sich redlich, den Politiker McAllister neu zu erfinden. Bisher waren Sie der Mann fürs Grobe in der Regierungsfraktion. Nun wollen Sie den Staatsmann geben.

Herr Ministerpräsident, ich befürchte eines: Die staatsmännische Attitüde, die steht ihnen nicht. Wir haben ihre Angriffe und Unbeherrschtheiten in der Vergangenheit nicht vergessen. Wir werden sehr sorgfältig beobachten, wie wandlungsfähig Sie tatsächlich sind.

Anrede

Vor Ihrer Regierungserklärung fragten wir uns vor allem, ob sie tatsächlich in der Lage sind, eine Zukunftsperspektive für das Land zu entwickeln?!

Wir wurden enttäuscht!

Aber, meine Damen und Herren, woher soll es denn kommen?

Wulffs Agenda 2003-2008 war schnell verbraucht: Sparprogramm bis auf die Knochen, antiquierte Umwelt- und Wirtschaftspolitik, keine neuen Impulse und Politik gegen die Interessen der Menschen in diesem Land.

Ich möchte Sie an

- das Streichen des Landesblindengeldes erinnern,
- an das Totalerrichtungsverbot für neue Gesamtschulen ,
- an die vielfältigen Massenproteste von Schülern, Eltern und Lehrern gegen das Chaos in ihrer Bildungspolitik,
- an die zahlreichen Verfassungsbrüche im Rahmen der Haushaltsgesetze und der Innenpolitik,
- an die unsägliche „Umweltpolitik“ dieser Koalition und
- die Unzufriedenheit vieler Kommunen mit ihrer Arbeit.

Alles keine Ruhmesbilanz!

In der zweiten Legislaturperiode sollte ja alles besser werden. Doch bisher wurde nichts daraus! Nach einem verpatzten Neustart 2008 mit katastrophalem Ringtausch der Minister wurde es noch schlimmer.

- Mit der Kultusministerin kamen sie in der Bildungspolitik vom Regen in die Traufe,
- in der Umweltpolitik setzen sie jetzt wieder auf das Atomklo Niedersachsen und
- in der Wirtschaftspolitik ist außer Streichungen kein einziger innovativer Ansatz zu finden.

Anrede

All das haben Sie, Herr McAllister, immer wieder hartnäckig verteidigt. Sie waren immer zur Stelle, wenn es um das Raushauen der Minister ging. Sie haben keine eigenen Akzente gesetzt. Selbst dann nicht, als Sie Landesvorsitzender in Niedersachsen wurden. Und als Wulffs Adlatus wurden Sie mitsamt ihrer CDU-Fraktion nur als Anhängsel ihrer Landesregierung und Stütze ihres Ministerpräsidenten wahrgenommen.

Die letzte Regierungserklärung Wulffs und Ihre Erwiderung darauf, - es ging immerhin um Niedersachsen 2020 und wie Sie die Wirtschaftskrise bewältigen wollen - ließ die Menschen im Land schon vor acht Wochen ratlos dastehen.

Auch Ihre heutige Regierungserklärung enthält zwar viel Pathos. Im Kern aber keine einzige neue Antwort, keine einzige neue Idee, noch nicht mal ein neuer Akzent! Herr McAllister, großes Kino - dünne Handlung. Die Zukunft des Landes liegt bei Ihnen nicht in guten Händen! Ihre CDU/FDP-Regierung ist verbraucht.

Anrede

Ihr Programm haben wir gehört,

- 1... in der Schulpolitik bilden Sie mit den Kommunen eine „Arbeitsgruppe“, die mehr Flexibilität wohnortnaher Schulstrukturen prüft,
- 2... in der Hochschulpolitik bitten sie die Wissenschaftsministerin eine „Analyse“ in Auftrag zu geben, was die entscheidenden Hindernisse dafür seien, dass die Quote der Studierenden aus den so genannten bildungsfernen Schichten so niedrig ist,
- 3... in der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik geben Sie ein „Innovationskonzept“ in Auftrag, um den Wissenstransfer zu fördern, ihren gescheiterten Innovationsfonds erwähnen Sie gar nicht mehr,
- 4... für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements bilden Sie eine „Gesprächsrunde“ mit den kommunalen Spitzenverbänden,
- 5... in der Familienpolitik lassen Sie eine „Bestandsaufnahme“ erstellen, um Strukturen zu prüfen,
- 6... um die Zusammenarbeit von Ärzten, Krankenhäusern und Pflegediensten zu fördern, soll mindestens in einer Region ein „Modellprojekt“ für die Gesundheitsversorgung auf den Weg gebracht werden und
- 7... in der Migrationspolitik lassen Sie mit einer „Informationskampagne“ die Berufsbilder des Öffentlichen Dienstes bekannter machen.

Finden Sie das für eine Regierung nach sieben Jahren nicht alles ein wenig dürftig? Der Titel ihrer Regierungserklärung war „Mut zur Verantwortung“, was wir gehört haben war höchstens „Mut zur Verwaltung und zur Arbeitsgruppe“!

Anrede

In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung von Sonnabend gibt es ein wunderbares Zitat von Ihnen, Herr Ministerpräsident:

„...Das schönste Amt ist das Amt des Schützenkönigs in Bederkesa“.

Spätestens ab 2013 werden Sie dafür wieder mehr Zeit haben. Denn Sie sind der Ministerpräsident des Übergangs!

Anrede

Es liegen große Herausforderungen des Landes vor uns:

1. Die Bewältigung des demografischen Wandels?
2. Die Perspektive des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Niedersachsen
3. Zukunft der Schule
4. Energiepolitik und Klimaschutz
5. Soziale Gerechtigkeit
6. Finanzierung der öffentlichen Haushalte

Diese Fragen müssen wir heute entschlossen angehen, nur dann werden wir Antworten für die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens haben.

Der demografische Wandel, Herr Ministerpräsident!

In der letzten Wahlperiode waren Sie doch an den Ergebnissen aus der Enquetekommission zum demografischen Wandel durchaus interessiert. Warum haben gerade Sie jetzt keine Antworten auf die dadurch verursachten Probleme?

Ich gebe Ihnen diese Erklärung: Sie haben die Entwicklung lange verkannt! Sie haben keine Antworten auf die unterschiedliche Entwicklung der Lebensbedingungen in den Regionen.

- Ihnen fehlt ein Gesamtkonzept für das Land.
- Es fehlen passgenaue Hilfestellungen.
- Es fehlen Unterstützungsmodelle für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Die Verwaltungsstrukturen sind nicht durchdacht.
- Sie haben gibt keine Aufgabenanalyse und damit auch kein Gesamtkonzept für eine zukunftsfähige öffentliche Verwaltung.

Die Politik mit den Fusionsprämien von Herrn Schünemann können Sie doch dabei nicht ernsthaft als Gestaltung des Landes ansehen?! Sie müssen bald mal Farbe bekennen, wie die kommunale Selbstverwaltung in Zukunft aussehen soll.

Oder haben Sie schon einen „grandiosen Plan“ in der Tasche?

Das glaube ich kaum! Eher kürzen Sie im nächsten Haushalt wieder den kommunalen Finanzausgleich. Für die Kommunen ist nichts mehr übrig und die Zwangsverwaltung durch das Land wird zur Regel. Oder müssen unsere Landesbeschäftigten wieder als Sparschwein erhalten, wie sie es in ihrer Regierungserklärung ankündigen?!

Herr Ministerpräsident, Sie sind doch ein überzeugter Kommunaler. Sie werden doch am besten wissen, was das für das Leben in den Städten und Gemeinden, für die Menschen vor Ort bedeutet:

- Es bedeutet für viele Regionen einen Verlust an Lebensqualität.
- Schwimmbäder, Spielplätze und Bibliotheken werden geschlossen,
- Straßen werden zum Schweizer Käse und
- die Preise für Busse und Theater steigen.

Unsere Forderungen an Sie sind:

- setzen Sie endlich die in unserer Verfassung verankerte Konnexität um. „Wer die Musik bestellt, soll sie auch bezahlen“.
- Sichern sie endlich die kommunale Investitionsfähigkeit. Das hilft auch dem Handwerk und den KMU.

Ein Wort zur von ihren Leuten in Berlin geplanten „Reform der Gewerbesteuer“. Die Kommunen gehen am Stock, schwindelerregende Kassenkredite, die Kommunen haben Angst, dass sie nichts mehr gestalten und nur noch abwickeln müssen. Es steht noch mehr auf dem Spiel, die Bürger verlieren das Vertrauen in die Gestaltungskraft. Das ist auch ein Verlust für die Demokratie.

Sie haben das eben in ihrer Regierungserklärung noch als Chance verkauft, die Wahrheit ist: Ihr Bundesfinanzminister will die Gewerbesteuer weghaben! Hier muss Schäuble gestoppt werden.

Herr Ministerpräsident, Sie haben uns doch um Mitwirkung gebeten.

- Ich biete Ihnen an, den Wegfall der Gewerbesteuer gemeinsam zu verhindern.
- Und ich biete Ihnen auch an, gemeinsam eine breite und ergebnisoffene Diskussion über eine gute Raumordnungs- und Strukturpolitik zu führen.

Niedersachsen ist ein Land mit starker industrieller Basis. Unser Land steckt aber auch mitten in einem Strukturwandel. Jetzt kommt es darauf an, mit aktiver Innovations- und Industriepolitik diesen Wandel zu gestalten. Ihre Antwort darauf war ein - schon nach kurzer Zeit - gescheiterter Innovationsfonds. Jetzt geben Sie ein „Innovationskonzept“ in Auftrag!

Beim bisherigen Ministerpräsidenten gab es nur die Politik à la Einzelintervention und Sie scheinen es weiterführen zu wollen. Aber, meine Damen und Herren, Kriseninterventionen - von Fall zu Fall - das reicht nicht!

- Schlüssige Konzepte scheinen nicht Ihre Stärke zu sein. In Ihrer Wirtschaftspolitik sucht man danach vergebens. Ihr Minister Bode hat dieses System noch perfektioniert. Nach dem Motto: „Mehr Schein als sein“ arbeitet er ein Thema nach dem anderen ab – allerdings nur als Pressemitteilung.

Seine Programme haben real ein kurzes Verfallsdatum. Soweit, so schlecht.

Aber damit richtet er zumindest keinen solchen Schaden an, wie mit der Einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung. Vor der Bundestagswahl wurde massiv für die Einzelbetriebliche Förderung geworben, es war bereits damals schon absehbar, dass der Topf schnell überzeichnet sein würde. Die Fördersätze wurden abgesenkt und zur Krönung

haben Sie jetzt von einem Tag auf den anderen die Förderung eingestellt. Die Folge: Dringend notwendige Investitionen können nicht realisiert werden. So kann man mit Unternehmen und Landkreisen nicht umgehen, Herr Minister!

Die Frage bleibt, was tun Sie für Planungssicherheit, für Perspektive, für die Konjunktur, was tun Sie jetzt dafür? Sagen Sie es uns, sagen Sie es den Bürgern im Lande!

- Als Lehre aus der Krise bin ich in meiner Überzeugung bestärkt worden. Die Landkreise und Regionen in Niedersachsen brauchen eine aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik. Gerade vor dem Hintergrund der neuen EU-Förderperiode 2014 ff. ist hier ein konzentriertes Vorgehen nötig. Wir müssen die Stärken Niedersachsens weiter entwickeln und denen, die durch den demografischen Wandel negativ betroffen sind, eine Wachstumsperspektive bieten. Übrigens: Die Landkreise wird es interessieren, dass Sie die EU-Förderung beim Land zentralisieren wollen. „Wir wollen als Land weiterhin selbst über die Verwendung der EU-Mittel entscheiden.“
- Wir brauchen für Niedersachsen ein umfassendes langfristiges Zukunftskonzept. Wir brauchen Impulse für Investitionen, für nachhaltiges Wachstum und für Beschäftigung: Wir müssen die Binnennachfrage stärken und Innovationen fördern.
- Wissenschaftsstandort und Wirtschaft müssen stärker vernetzt werden. Ein Beispiel für eine gelungene Vernetzung finden Sie vor unserer Haustür. Das, was in einer der forschungsintensivsten Wirtschaftsregionen Europas, in Hannover-Braunschweig gelingt, dieses muss ihnen doch auch als Vorbild für innovative und zukunftsfähige Politik für Niedersachsen dienen.
- Konkret müssen wir regenerative Energien ausbauen und die niedersächsischen Stärken wie z.B. die Mobilitäts- und Energiewirtschaft und die Gesundheitswirtschaft weiter entwickeln. Unser Ziel ist eine niedersächsische ökologische Industriepolitik, von der auch der Mittelstand profitiert. Das schafft Arbeit und Ausbildung.
- Arbeit und Zukunft werden von uns positiv formuliert: Der Berufseinstieg junger Menschen darf nicht mehr nur noch durch Warteschleifen, befristete Arbeitsverhältnisse oder Leiharbeit geprägt sein! Das zu ändern, ist unsere politische Aufgabe.
- Entscheidend ist, wie wir hier im Lande mit Gelerntem, mit dem Elan und der Freude der jungen Menschen umgehen. Wir müssen viel mehr Möglichkeiten schaffen, ihre Motivation und ihre Kreativität zu fördern.
- Es darf uns allen doch nicht nur um Wertschöpfung gehen, meine Damen und Herren, es geht auch um die Wertschätzung unserer zukünftigen und heutigen Arbeitnehmer.

- Schon jetzt ist der Fachkräftemangel die Wachstumsbremse Nummer eins für unsere Wirtschaft. Schon jetzt fehlen in Nds. 6.000 Ingenieurinnen und Ingenieure. Uns fehlen auch Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Pflegerinnen und Pfleger, Ärzte, Informatiker. Deshalb muss es uns besser als in der Vergangenheit gelingen, junge Menschen zu gewinnen.
- Leider sind wir Entwicklungsland, wir haben viel zu wenige Studierende in Niedersachsen. Die offene Hochschule ist ein richtiger Weg, den wir von Beginn an unterstützt haben. Das Festhalten an den Studiengebühren aber sind zwei Schritte zurück. Das, was mit dem Bildungsgipfel veranstaltet wurde, ist ein Armutszeugnis!
- Sie wissen doch alle: Der Kampf um die Köpfe hat längst begonnen. Kluge Köpfe braucht unser Land. Dafür reichen aber keine Wettbewerbe und keine Shows. Wir müssen die Zukunftswerkstätten und Forscherlabors in unseren Schulen haben.
- Wir müssen den Zukunftstransfer gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen schaffen. Denn es wird in den nächsten Jahren nicht um das zerstörende Gegeneinander, sondern um das gestaltende Miteinander gehen. Wir brauchen dafür die sozial verantwortlich denkenden und handelnden Unternehmer und wir brauchen das bewährte konstruktive Engagement der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Jetzt komme ich zum traurigsten Kapitel ihrer Regierungsbilanz. Die Schul- und Bildungspolitik. Es geht um mehr als um individuelle Bildungschancen, die immer auch Teilhabechancen sind. Es geht auch um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wie gehen Sie in unserem Land mit den Talenten und dem Potenzial der Kinder und jungen Menschen um?

Allein in der letzten Woche haben drei Studien das Scheitern ihrer Bildungspolitik belegt:

Der Bundesbildungsbericht bescheinigt eindeutig, dass Niedersachsen unter den westlichen Flächenländern den höchsten Anteil von Kindern in Risikolagen der Elternhäuser und Familien wie z.B. Erwerbslosigkeit, Alleinerziehung und Migrationshintergrund besitzt.

Die Schulvergleichsstudie belegt, dass in Niedersachsen (nach Bayern und Baden-Württemberg) die Chancen eines Akademikerkindes über 5-mal höher sind, Abitur zu machen als bei einem Facharbeiterkind. Wohl bemerkt: bei gleicher Begabung. Diese große Abhängigkeit von der sozialen Herkunft ist und bleibt beschämend.

Und diese Woche der Ländermonitor der Bertelsmannstiftung. Er belegt wieder mal die Schlusslichtposition Niedersachsens in der frühkindlichen Bildung.

Wie viele Negativzeugnisse und Beweise brauchen Sie denn noch, bis Sie endlich handeln?

Es geht doch um die Frage, welche Antwort geben wir auf den demografischen Wandel?

Wir werden zukünftig weniger Kinder haben. Ihre Konsequenz ist, Kürzungen im Bildungsbereich vorzuschlagen. Wir sagen: Lassen Sie uns die Chancen des demografischen Wandels nutzen. Wir haben immer weniger Köpfe. Um die müssen wir uns intensiver bemühen

Und... wir müssen bei den Kleinen anfangen. In der frühkindlichen Bildung wird das Fundament gelegt.

Wir fordern mehr Betreuungskräfte und kleiner Gruppen und mehr Ganztagsplätze. Das bedeutet konkret: weniger Kinder, weniger Schülerinnen und Schüler bei gleichbleibenden Ressourcen in kleinere Gruppen und Klassen.

Sie klopfen sich lieber selbstgefällig auf die Schulter: Sie seien „auf dem richtigen Weg!“ Die Zahlen belegen leider das Gegenteil! Niedersachsen befindet sich immer noch auf einer peinlichen Schlusslichtposition! Um diesen Platz zu verlassen, müssen wir gemeinsam mit den kommunalen Trägern in den nächsten drei Jahren eine Aufholjagd starten, um die noch erforderlichen 25.000 Plätze zu schaffen und das notwendige Personal dafür zur Verfügung zu stellen.

Ihr Versagen setzt sich im Schulbereich fort:

Nahezu zwei Drittel der bestehenden Hauptschulen werden im 5. Schuljahrgang unterhalb der vorgeschriebenen Mindestzügigkeit betrieben. Viele Hauptschulen müssen jahrgangsübergreifenden Unterricht anbieten.

Hinzu kommen die veränderten Wünsche der Eltern bei der Auswahl der weiterführenden Schulformen (für ihre Kinder). Immer mehr wollen Schulen mit Abitur-Option. Diesen Anforderungen muss sich auch Niedersachsen stellen.

Die niedersächsische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben aber bislang hartnäckig diese veränderten Rahmenbedingungen ignoriert.

Anrede

Eine SPD-geführte Landesregierung würde sehr schnell Schluss machen mit einer solchen verfehlten Schulpolitik.

Die Eltern haben es schon lange verstanden, die Kommunen auch. Das gegliederte Schulsystem hat in Niedersachsen keine Zukunft, nehmen Sie das endlich zur Kenntnis!

Wir sagen: Wir wollen die Ressourcen im System belassen und zur Verbesserung der Schulqualität einsetzen. Wir stellen uns der Diskussion von Schulzusammenlegungen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität.

- Wir sind bereit, die Hand auszustrecken, wir sind schon seit vielen Jahren gesprächsbereit. Es geht um unsere Kinder, für die wir die beste Schule am Ort organisieren wollen.
- Wir müssen über die Standortdebatten hinwegkommen. Wir müssen uns darüber verständigen, wie wir zu vernünftigen und guten Schulen kommen. Schulträger müssen ein regional angepasstes, flexibles und stabiles System erhalten können, das den demografischen Veränderungen entspricht.

Anrede

Eine Neugestaltung des allgemein bildenden Schulsystems ist alternativlos. Und das nicht erst seit heute, sondern schon seit Jahren! Weil Sie dazu gar nichts gesagt haben: Eine weitere große Herausforderung für soziale Gerechtigkeit ist die Inklusion. Die UN-Menschenrechtskonvention fordert einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik. Das bedeutet: Es wird allen Schulformen und allen Beteiligten eine neue Haltung abfordern. Wir fordern von Ihnen einen Aktionsplan zur Umsetzung der Inklusion in Niedersachsen!

Meine Damen und Herren – ich erinnere Sie daran: Niedersachsen hatte die Spitzenposition im Bereich der Umweltpolitik. Dort hatte eine SPD-Landesregierung Maßstäbe gesetzt.

Genauso wie sie in anderen Bereich Spitzenstellungen kaputt gespart haben, haben Sie im Bereich der Energiepolitik und des Klimaschutzes fast keinen Stein mehr auf dem anderen gelassen.

Diese Spitzenposition gehört seit ihrer Regierungszeit der Vergangenheit an. Das Umweltressort wird buchstäblich nur noch abgewickelt. Dabei gilt doch: Zeitgemäße Umweltpolitik ist ein wesentlicher Faktor für eine zukunftssichere Wirtschaftspolitik. Eine in die Zukunft gerichtete Umwelt- und Energiepolitik findet in Niedersachsen nicht mehr statt. Was wir vor allem lösen müssen, ist das Problem mit den derzeit einzigen Lagerstätten für den radioaktiven Müll der Kernkraftwerke. Der Untersuchungsausschuss zur Asse steht doch sinnbildlich für die einseitigen und politisch motivierten Genehmigungsverfahren. Und meine Damen und Herren noch ein Wort zu Gorleben: Nehmen Sie ihre Eidesformel ernst, Herr Ministerpräsident, und wenden Sie Schaden vom Land ab: suchen Sie Alternativen zum Endlager und halten sie am Atomausstieg fest. Interessant, dass Sie sich hier nicht festlegen! Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke sind keine Brücke hin zu Erneuerbaren Energien – im Gegenteil es ist ein fettes Stoppschild, weil geplante In-

vestitionen nicht mehr getätigt werden. Aber der Ausbau erneuerbarer Energien muss doch gerade bei uns vorangehen.

Unser Ziel: Was wir für Niedersachsen brauchen, ist ein klares Klimaschutzkonzept und den Strukturwechsel in der Energieversorgung - mit dem Ziel spätestens 2050 eine 100prozentige Versorgung mit erneuerbarer Energie für unser Land.

Fazit auch hier:

- Sie stehen für „Stagnation und Rückschritt“ – wir für „Entwicklung und Zukunft“. Sie stehen für ein Auslaufmodell – wir machen die erneuerbaren Energien wieder zu einem Motor für die mittelständische Industrie und damit auch zum Triebkraft für mehr Arbeitsplätze.

## 5. Soziale Gerechtigkeit

- Es geht auch in Niedersachsen um mehr soziale Gerechtigkeit, die Menschen haben nicht das Gefühl, dass es gerecht zugeht. Sie haben Angst vor Abstieg und Statusverlust. Das geht bis tief in die Mittelschicht und führt zu einer Spaltung der Gesellschaft. Kinder- und Altersarmut sind heute keine Ausnahme mehr.
- Dass dies keine bloßen politischen Phrasen sind, machen zwei Bereiche exemplarisch deutlich:
- Nicht ohne Grund laufen derzeit Kirchen und Sozialverbände Sturm gegen ihre Pflegepolitik. Sie fordern, dass ein eigenständiges Leben im Alter auch dann möglich sein sollte, wenn es durch Krankheit und Pflegebedürftigkeit schwieriger wird. Dafür muss eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Pflege sichergestellt sein.
- Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dieses die selbstverständliche Aufgabe einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft.
- Für CDU und FDP ist diese Politik für ältere Menschen offenbar ein Fremdwort – jedenfalls lassen Sie jede erkennbare Anstrengung vermissen: Seit Jahren ist Niedersachsen bundesweites Schlusslicht in der Altenpflege. Wir wissen: Das Thema Pflege – ob häuslich, ambulant oder stationär – ist für viele Menschen noch ein Tabuthema. Zugleich sind viele Bürgerinnen und Bürger persönlich oder als Angehörige mit dem Thema täglich konfrontiert. Es werden jährlich mehr. Deshalb muss Pflege ganz oben auf die politische Agenda ihrer Landesregierung – für Ihre Abgeordneten steht sie aber auf der Regieanweisung für das Vertagen.
- Ein zweiter Bereich ist die Migration und Integration, ich zitiere Herrn Wulff vor einigen Tagen im Rahmen seiner Sommerreise: Er sagte, es bestehe „nicht nur Bringschuld der Migranten, sondern Holschuld von Personalchefs der Unternehmen“. Herr Wulff sagte weiter, Integration ginge „am Besten über Bildung und Arbeit“. Ich frage mich, warum kommen diese Erkenntnisse erst jetzt? Dazu sage ich Ihnen ergänzend: Die Einbürgerungen in Niedersachsen sind gegen den Bundestrend rückläufig. Ändern Sie erst mal die Politik ihres Innenministers!

- Ja, wir „begrüßen“ die Arbeit der Ministerin Özkan, aber unsere Kritik bleibt: Integration ist in Ihrer Regierung kein Querschnittsthema. Und das, obwohl es von strategisch und gesellschaftspolitisch größter Bedeutung ist: Das Thema des Jahrzehnts! Das müsste Chefsache bei Ihnen sein.

Lassen Sie mich zum sechsten und letzten Punkt kommen, der finanziellen Ausstattung der öffentlichen Haushalte

- Über allem schwebt die miserable Finanzlage des Landes. Wenn es um Ihre Verantwortung dafür geht, sagen Sie immer, „alles nicht unsere Schuld“. Immer gibt's andere Schuldige. Als Sündenböcke benennen Sie die SPD-Regierungen in den 90er Jahren und heute die Finanzkrise. So aber können Sie nicht Ihr eigenes Unvermögen überdecken!
- Die SPD hat jedenfalls in ihrer Regierungsverantwortung nicht ständig die Schuld auf das massive Versagen der Regierung Albrecht geschoben. Stehen Sie mal zu Ihrer Verantwortung! Sie haben lange genug Zeit gehabt, das Land zu gestalten. Das ist Ihnen missglückt.
- Die Schuld an der Weltfinanzkrise trifft sicherlich nicht die Landesregierung, weder die von Herrn Wulff noch die von Herrn McAllister und schon gar nicht die von Gerhard Schröder, Gerd Glogowski oder Sigmar Gabriel. Aber zur Ehrlichkeit gehört doch zu sagen, wessen Geist diese Krise entsprungen ist. Mit der Parteinahme für eine immer stärkere Marktliberalisierung und Deregulierung sind Sie doch mit Wegbereiter der gravierendsten Wirtschafts- und Finanzkrise der Geschichte unserer Republik. Stehen Sie doch zu ihrer Verantwortung!
- Sie reden vom Sparen, doch in Wirklichkeit ruinieren sie systematisch den Bundeshaushalt, den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte: Schwarz-Gelb hat im Bund und mit steter Zustimmung der Landesregierung im Bundesrat den Hoteliers eine Milliarde geschenkt (Vergünstigung in der Umsatzsteuer gewährt). Sie verweigern sich jedem Versuch, das Dickicht bei der Umsatzsteuer zu bereinigen. Sie widersetzen sich einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Wenn man Sie ließe, würden Sie auch die Steuersätze noch weiter senken, am besten als ersten den Spitzensteuersatz. Den Staat ärmer machen, als er ist, und davon reden, die Ausgaben zu beschneiden. Das ist ihre Politik!
- Es handelt sich um ein hausgemachtes Problem von Schwarz-Gelb. Das müssen Sie locker zugestehen, Herr McAllister. Ich komme noch einmal auf Ihr Angebot an uns als Opposition zurück, die Probleme gemeinsam zu lösen: Wenn Sie in dieser Situation endlich mal Rückgrat zeigten, und der schwarz-gelben Bundesregierung die Gefolgschaft verweigerten, da könnten wir mitmachen. Hierfür sagen wir Ihnen heute schon Unterstützung zu!!!
- Statt an die Einnahmeseite heranzugehen, betreiben Sie eine Politik des Abbruchs. Wir müssen endlich eine ehrliche Debatte darüber

führen, wo es sinnvoll ist, in die Zukunftsfähigkeit zu investieren und welche Ressourcen wir dafür brauchen. Eine SPD-geführte Landesregierung würde jedenfalls nicht die Einnahmenseite vernachlässigen.

Sie werden schon längst überholt! Teile Ihrer bisherigen Klientel, etliche Wirtschaftsverbände, selbst Unternehmer in der CDU sind da mit der Forderung nach einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes weiter als Sie. Am Ende hören Sie nicht mal mehr auf die Kirchen, die da mehr Gerechtigkeit und Solidarität fordern. Sie verlassen die Mitte, meine Damen und Herren!

- Politik braucht konzeptionelle Kraft und fiskalische Fantasie – die ist Ihnen nicht verloren gegangen, die hatten Sie nie. Es geht nicht nur um Streichen und Sparen, sondern um Sparen und Gestalten.

Lassen sie mich noch zum Schluss einige Überschriften der letzten Tage erwähnen:

„Niedersachsen sind pessimistisch wie nie“ -  
„Schlusslicht“  
„Die Niedersachsen blicken mit Sorge in die Zukunft“.

Gibt Ihnen das nicht zu denken?

Eine Allianzstudie stellt fest: Nur 12 Prozent der Niedersachsen sehen heute der Gesamtsituation in Deutschland positiv entgegen, vorher waren es 22 Prozent.

Das hat Gründe und die liegen in ihrer Politik.

Ihre Politik funktioniert nur nach einem Muster: Sie zerstören entweder sinnvolle Strukturen oder Sie unternehmen nichts, um die wirklichen Probleme des Landes Niedersachsen anzupacken. Stattdessen setzen Sie auf Konzepte, die längst von der Realität überholt sind.

- Nach allem, was sie heute an Strategien und Plänen präsentiert haben, ist uns eines klar: Herr Ministerpräsident, Sie und Ihr Kabinett sind nur eine Regierung des Übergangs!
- Denn wir nennen die Themen der Zukunft. Ich verspreche ihnen, wir machen Qualitätsopposition und 2013 werden wir Regierung! Denn unser Land hat Besseres verdient!  
Niedersachsen kann sich freuen!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“